

Zur Teilnahme an Parade gezwungen

Mutter kämpft gegen LGBT-Indoktrination in der Schule



Izzy Montague

Quelle: Facebook

Der Fall einer Londoner Mutter, deren vierjähriger Sohn gegen ihren Willen gezwungen wurde, an der LGBT-Pride-Parade seiner Schule teilzunehmen, wird diese Woche vor Gericht verhandelt.

Der Fall hatte landesweit für Schlagzeilen gesorgt, nachdem der Schulleiter der Heaver's Farm Primary School in Croydon im Süden Londons der Mutter Izzy Montague «aggressiv» mitgeteilt hatte, dass ihr Sohn trotz des christlichen Glaubens der Familie nicht von der Teilnahme an der LGBT-Pride-Parade dispensiert werden könne. Eine Nichtteilnahme würde als Fehlverhalten geahndet.

Izzy Montague erklärte, dass sich die Schule ihr gegenüber «feindselig» verhalten habe, nachdem sie sich über die obligatorische Teilnahme beschwert hatte, und eine «einschüchternde» Atmosphäre gegenüber ihr und anderen Eltern geschaffen habe, die die LGBT-Ideologie, die ihren Kindern beigebracht wird, in Frage stellten.

«Nachdem ich mich darüber beschwert hatte, dass mein kleines Kind gezwungen wurde, an einer Veranstaltung teilzunehmen, die gegen unseren christlichen Glauben verstösst, änderte sich die Haltung der Schule mir gegenüber völlig. Andere Eltern hatten Angst, ihre Meinung zu sagen, weil die Schule mich so behandelte.»

Klage wegen Diskriminierung

Frau Montague klagt auf direkte und indirekte Diskriminierung sowie auf einen Verstoss gegen das Bildungsgesetz von 1996 und das Menschenrechtsgesetz von 1998. Der Fall wird vom 1. bis 10. Februar vor dem Central London County Court verhandelt.

Izzy Montague erklärte im Vorfeld der Anhörung, sie habe sich von der Schule «schikaniert» gefühlt; ihre Bedenken bezüglich des Schutzes der Kinder seien nicht ernst genommen worden. «Ich habe nicht versucht, die Pride-Veranstaltung zu verhindern. Ich wollte nur, dass mein Kind ausgebildet und nicht indoktriniert wird», sagte sie.

Sie fügte hinzu: «Ich stehe auf, um die Eltern darauf aufmerksam zu machen, was in unseren Grundschulen passiert. Ich möchte nicht, dass andere Eltern in den kommenden Monaten und Jahren das Gleiche durchmachen müssen wie ich.»

«Das kommt auf uns zu»

Nach Aussage des Christian Legal Centre, das Frau Montague vor Gericht unterstützt, ist dies das erste Mal, dass ein britisches Gericht die Rechtmässigkeit der Durchsetzung einer LGBT-Ideologie in Grundschulen prüft. Untersucht werden sollen die Auswirkung auf religiöse Diskriminierung, die Rechte der Eltern und die Pflicht der Schulen zur politischen Neutralität.

Geschäftsführerin Andrea Williams sagte: «Dieser Fall verkörpert das Chaos, das wir in den kommenden Jahren in unseren Schulen erwarten können, und ist ein

weiteres Beispiel für die 'totale Toleranz', die in unserer Gesellschaft so weit verbreitet ist. Diejenigen, die am lautesten Toleranz und Vielfalt predigen, scheinen nicht daran interessiert zu sein, sie zu praktizieren.»

Sie fügte hinzu: «Den Kindern wird an den Schultoren eine bestimmte Agenda aufgezwungen, und die Eltern haben keine Möglichkeit, sicherzustellen, dass ihre Kinder in Übereinstimmung mit ihren religiösen und philosophischen Überzeugungen unterrichtet werden.»

Zum Thema:

[*Spanier auf der Strasse: Wem gehören unsere Kinder eigentlich?*](#)

[*«Lass es am Kreuz»: Was eine lesbische Feministin zum Umdenken brachte*](#)

[*Zwang für alle Länder: Neue EU-Strategie für LGBT-Rechte in ganz Europa*](#)

Datum: 07.02.2023

Autor: Reinhold Scharnowski

Quelle: Livenet / Christian Today / Christian Legal Centre

Tags